



Treibhausgasausstoß im Jahr 2012 um 1,6 Prozent gestiegen Kyoto-Ziele in Summe der Jahre 2008 bis 2012 dennoch um 192 Millionen Tonnen unterschritten

Treibhausgasausstoß im Jahr 2012 um 1,6 Prozent gestiegen Kyoto-Ziele in Summe der Jahre 2008 bis 2012 dennoch um 192 Millionen Tonnen unterschritten
Gemeinsame Pressemitteilung mit dem Umweltbundesamt
Die Treibhausgasemissionen in Deutschland sind im Jahr 2012 um 1,6 Prozent leicht gestiegen. Das zeigen erste, vorläufige Berechnungen und Schätzungen des Umweltbundesamtes (UBA). Das Minderungsziel des Kyoto-Protokolls übertrifft Deutschland dennoch sehr deutlich. Im Vergleich zu 1990 sinken die Treibhausgas-Emissionen 2012 um 25,5 Prozent; nötig gewesen wären 21 Prozent im Mittel der Jahre 2008 bis 2012. Insgesamt wurden 2012 rund 931 Millionen Tonnen Kohlendioxid-Äquivalente (CO₂-Äq) freigesetzt, 14 Millionen Tonnen mehr als im Vorjahr. Den Anstieg dominieren die CO₂-Emissionen mit einem Plus von 2,0 Prozent. Der Grund: Für die Stromerzeugung wurde mehr Braun- und Steinkohle verbrannt und witterungsbedingt kam beim Heizen von Häusern und Wohnungen mehr Gas zum Einsatz. Der Ausbau der erneuerbaren Energien dämpfte den Emissionsanstieg allerdings. Die aktuellen Zahlen machen erstmalig Angaben für die gesamte erste Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls. Das Emissionsbudget wird in der Summe der Jahre 2008 bis 2012 voraussichtlich um 192 Millionen Tonnen CO₂-Äq unterschritten. "Die bisher erreichte Minderung ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg in Richtung unserer anspruchsvollen Minderungsziele für 2020 und darüber hinaus. Es zeigt sich aber auch, dass für den gewünschten klimafreundlichen Umbau der Energieversorgung weitere Weichenstellungen notwendig sind", erklärt Umweltminister Peter Altmaier. Um die ambitionierten deutschen Klimaziele zu erreichen, sind Änderungen im EU-Emissionshandel, der Ausbau der energetischen Gebäudesanierung und Anstrengungen zur nachhaltigen Mobilität notwendig. UBA-Präsident Jochen Flasbarth sagte: "Der durch den Atomausstieg verschiedentlich herbeigeredete starke Anstieg der Klimagas-Emissionen ist zwar ausgeblieben, weil vor allem der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien dem entgegengewirkt hat. Sorgen macht mir dennoch der Trend, wieder mehr Kohle zu verstromen." Flasbarth rief daher dazu auf, den europäischen Emissionshandel nachhaltig zu stärken: "Das von der EU-Kommission vorgeschlagene Backloading von 900 Millionen CO₂-Zertifikaten wäre dafür ein erster Schritt. Letztlich müssen die Zertifikate aber nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft vom Markt genommen werden. Dies geschieht am besten durch eine Erhöhung des EU-Klimaschutzzieles. Die Schwäche des Emissionshandels ist einer der Gründe für die derzeit irrational niedrigen Börsenstrompreise." Maßnahmen wie das so genannte Backloading - ein vorübergehendes Zurückhalten von CO₂-Zertifikaten - werden aktuell auf EU-Ebene verhandelt. Die Kommission hatte jüngst vorgeschlagen, rund 900 Millionen Emissionszertifikate zeitweilig vom Markt zurückzuhalten, um die Wirksamkeit des Emissionshandels wieder herzustellen. Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments stimmte dem Vorschlag am 19. Februar 2013 zu. Entscheiden müssen letztlich EU-Rat und -Parlament. Weitere Informationen und Tabellen zum Treibhausgas-Ausstoß 2012: www.bmu.de, www.uba.de
Detaillierte Angaben der Berichterstattung für die Jahre bis 2011 finden Sie hier: <http://cdr.eionet.europa.eu/de/eu/ghgmm/envuppzqu>
Die Zusammenstellungen zu den Emissionstrends können hier eingesehen werden: <http://www.umweltbundesamt.de/emissionen/publikationen.htm>
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) Stresemannstraße 128-130 10117 Berlin Deutschland
Telefon: 0 1888 305-0
Telefax: 0 1888305-2016
Mail: presse@bmu.bund.de
URL: <http://www.bmu.de>

Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10117 Berlin

bmu.de
presse@bmu.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10117 Berlin

bmu.de
presse@bmu.bund.de

Das Ministerium, dessen erster Dienstsitz auf Beschluss des Deutschen Bundestages Bonn ist, beschäftigt dort sowie an seinem zweiten Dienstsitz Berlin in sechs Abteilungen rund 814 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören außerdem drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.151 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.